

Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit für alle statt Armut für viele und Profit für wenige!

Unterschreiben auch Sie
das Doppel-Referendum

zur

**Ausweitung
der Personen-
freizügigkeit**

und zum

**Schengen- und
Dublin-Abkommen**

denn:



Suppenküchen gehören heute wieder zum Alltagsbild in
Deutschlands Städten. Bald auch bei uns?

Frieden, Freiheit und gerechte Wirtschaftsformen sind unabdingbare Grundlagen für eine gesunde Entwicklung des Menschen. Sie können sich jedoch nur in überschaubaren Regionen ausbilden, in denen die Herausforderungen des Lebens durch das Engagement und die Mitbestimmung aller darin lebenden Menschen bewältigt werden. In einem solchen Umfeld kann die Arbeit die eigene Existenz am ehesten sichern und gleichzeitig ein Beitrag zum Gemeinwohl aller sein. Im Blick auf die Zukunft müssen auch bei unseren Kindern Verantwortungsgefühl, soziale Verbundenheit und soziales Verhalten ausgebildet werden. Deshalb hat sich in allen freiheitlichen Staaten *auf natürliche Weise* ein föderalistisches System entwickelt, das es zu erhalten gilt.

Mit diesen zwei Verträgen – die Bundesrat und Parlament mit der globalisierten EU schließen wollen – wird die Basis für ein friedliches, würdiges und solidarisches Zusammenleben der Menschen in unserem Land und anderswo untergraben.

Vernebelte Inhalte – verschwiegene Folgen

Die meisten Länder, die der EU beigetreten sind, taten dies infolge massiver Manipulation durch ihre politischen Führer und in der Hoffnung auf bessere wirtschaftliche Verhältnisse. Die Täuschung zeigt sich je länger je mehr. Die international operierenden Unternehmen, mit denen die politische Führung kollaboriert, kaufen Rohstoffe, ansässige Unternehmen und Landwirtschaftsland auf. Die Produktion wird exportiert, die Lebenshaltungskosten steigen. Die Einheimischen verarmen, lokale Strukturen zerfallen und mit ihnen auch die solidarische Hilfeleistung. Die 20/80-Prozent-Gesellschaft breitet sich aus und zeigt ihr wahres Gesicht (20% Reiche, 80% Arme, Zerstörung der Mittelschicht).

Der Durchschnittslohn in den 10 neuen EU-Staaten beträgt heute rund 6 CHF (4 EUR). Die Notlage dieser Menschen soll nun auch in unserem Land ausgenutzt werden. Die Schweizer Wirtschaftsverbände verhehlen nicht, dass sie die Personenfreizügigkeit vor allem deshalb unterstützen, weil sie an dieses unbegrenzte Angebot an Billigstarbeitern herankommen wollen. Dadurch werden bei uns die Löhne sinken und sich die Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen verschlechtern.

In Deutschland sind die Folgen dieser rein profitorientierten Politik bereits offensichtlich: Osteuropäische Arbeitnehmer schufteten bei unwürdigsten Arbeitsbedingungen und für Hungerlöhne auf den deutschen Baustellen, während die inländische Arbeitslosigkeit rasant steigt.

Seit Beginn dieses Jahres erhält ein Arbeitsloser aufgrund der Hartz IV-Bestimmungen nur noch 330–350 Euro Arbeitslosen- und Sozialgeld pro Monat.

Bereits werden in vielen Städten Deutschlands Suppenküchen eröffnet, damit die *neuen Armen* und deren Kinder wenigstens *eine* warme Mahlzeit pro Tag einnehmen können. Die satten Gewinne solch neoliberaler Politik werden von den Konzernen in die Steuerparadiese abgezogen, während die Armut in West und Ost rasant zunimmt.

Soziale Spannungen in den einzelnen Ländern, aber auch zwischen den Völkern sind vorprogrammiert. Für den Völkerfrieden ist es verheerend, wenn die Menschen europaweit um die knappen, schlechtbezahlten Arbeitsplätze konkurrieren müssen. Dies führt zu einem unmenschlichen Wettkampf um die nackte Existenz, an dem sich die globalen Wirtschaftsunternehmen weiter bereichern.

Falls wir die *Ausdehnung der Personenfreizügigkeit*, das *Verbot von Personenkontrollen an unseren Grenzen (Schengen)* und die *Einschränkung der humanitären Asylgewährung (Dublin)* in den zwei kommenden Volksabstimmungen nicht verwerfen, wird in diesen Bereichen die Schweiz unwiderruflich den gleichen Brüsseler Vorschriften unterstellt sein wie die 400 Millionen Einwohner umfassenden EU-Mitgliedsländer.

Höchst gefährdet wären das menschliche und friedliche Zusammenleben in unserem Land, eine verantwortungsvolle, positive Gestaltung des wirtschaftlichen Umfeldes, eine gute Bildung für unsere Kinder wie auch die Anwendung humanitärer Grundsätze gegenüber Asylsuchenden.

Die versprochenen flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit dienen einzig dazu, die erwarteten negativen Auswirkungen um einige Jahre hinauszuschieben. Eine solche Irreführung der Bürger durch gezielte Vernebelungstaktik darf keinen Erfolg haben!

**Niemand hat das Recht, aus der Armut anderer Profit zu schlagen!
Verträge, die dies erleichtern, verletzen die Menschenwürde. Sie verhindern eine gesunde Entwicklung der dringend nötigen, selbstbestimmten und lokal wirksamen Volkswirtschaften, bei uns genauso wie in den neuen EU-Beitrittsländern.**

Mittels Staatspropaganda und Medienmanipulation will man uns diese Verträge mit der EU aufschwätzen. Das eidgenössische Komitee hingegen will im Sinne der erfolgreichen Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» eine freie Diskussion anregen, ob es nicht sinnvoller wäre,

- ◆ sich dieser menschenunwürdigen Form der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neo-Kolonialisierung durch die Global-Players zu verweigern;
- ◆ einen eigenständigen Weg zu suchen in dieser herausforderungsreichen Zeit, in Zusammenarbeit mit weiteren, an echter Demokratie interessierten Staaten;
- ◆ den Aufbau einer eigenständigen Volkswirtschaft in den neuen Beitritts-Ländern vor Ort zu unterstützen, statt die Menschen aus diesen Ländern zu entwurzeln und sie als «moderne Arbeiter-Sklaven» unter unhaltbaren Arbeitsbedingungen und mit kleinsten Löhnen bei uns zu beschäftigen;
- ◆ die schweizerische Volkswirtschaft und einen gerechten Sozialstaat zu erhalten und wieder vermehrt in die Hände der hier lebenden Bevölkerung zu legen;
- ◆ die umfassende humanitäre Tradition der Schweiz eigenständig weiterzuentwickeln und umzusetzen (Asylrecht ohne Einschränkung durch Erstasylabkommen).

Vernünftig handeln – menschlich, weltoffen und souverän bleiben!

**NEIN zur Ausweitung der Personenfreizügigkeit
NEIN zum Schengen- und Dublin-Abkommen**